



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

7/SN-321/ME

Abteilung II/8

An das
Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

GZ. 42 1010/2-II/8/98

Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefax: 513 99 93

Sachbearbeiter:
MR Dr. Luksch
Telefon:
514 33/1832
DVR: 0000078

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Hochleistungsstreckengesetz und das Bundesgesetz
zur Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft"
geändert werden;
Begutachtung

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	116 -GE / 19 08
Datum: - 4. Jan. 1999	
Verteilt	5.1.99 ✓

H. Klausgruber

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Hochleistungsstreckengesetz und das Bundesgesetz zur Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft" geändert werden, zur gefälligen Kenntnisnahme übermittelt.

Beilage

29. Dezember 1998
Für den Bundesminister:
Mag. Trattner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Jaed



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Abteilung II/8

GZ. 42 1010/2-II/8/98

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Verkehr

Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefax: 513 99 93

Sachbearbeiter:
MR Dr. Luksch
Telefon:
514 33/1832
DVR: 0000078

Radetzkystraße 2
1031 Wien

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Hochleistungsstreckengesetz und das Bundesgesetz
zur Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft"
geändert werden;
Begutachtung.

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich unter Bezugnahme auf den mit do.
Schreiben vom 17. November 1998, GZ 210.779/8-II/C/11-1998, übermittelten Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Hochleistungsstreckengesetz und das Bundesgesetz zur
Errichtung einer "Brenner-Eisenbahn-Gesellschaft" geändert werden, folgende
Stellungnahme abzugeben:

Novelle zum Hochleistungsstreckengesetz:

Zu 8. § 8a:

Die Bedingung für die Übertragung zur Planung und zum Bau für Dritte wäre nicht nur an die
Voraussetzung der Zweckmäßigkeit, sondern auch an die finanzielle Vorteilhaftigkeit für den
Bund, also die Wirtschaftlichkeit und die Sparsamkeit zu knüpfen.

Zu 11. § 13, Abs. 2:

Hier wären weitere Bedingungen vorzusehen, die die entsprechende Einflußnahme des
Bundes auf die Gesellschaft sichern, da auch das Halten von 51 %-Anteilen nicht immer
ausreichend ist, um beispielsweise gegen eine Sperrminorität die Interessen des Bundes
entsprechend durchzusetzen.

Novelle zum BEG-Gesetz:**Zu 5. § 3a:**

Die Bedingung für die Übertragung zur Planung und zum Bau für Dritte wäre nicht nur an die Voraussetzung der Zweckmäßigkeit, sondern auch an die finanzielle Vorteilhaftigkeit für den Bund, also die Wirtschaftlichkeit und die Sparsamkeit zu knüpfen.

Zu 11. § 7a:

Hier wären weitere Bedingungen vorzusehen, die die entsprechende Einflußnahme des Bundes auf die Gesellschaft sichern, da auch das Halten von 51 %-Anteilen nicht immer ausreichend ist, um beispielsweise gegen eine Sperrminorität die Interessen des Bundes entsprechend durchzusetzen.

29. Dezember 1998

Für den Bundesminister:

Mag. Trattner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: